

Herr Langer bittet die Verwaltung, über das Thema „Neubau eines naturwissenschaftlichen pädagogischen Zentrums“ zu informieren und schlägt vor, sich anschließend im Ausschuss über die Thematik kurz auszutauschen.

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden.

Erster Beigeordneter Ludwigs weist zunächst auf das Ergebnis der Beratungen in der letzten Sitzung des Bauausschusses hin. Ein Vorab-Auszug aus der Niederschrift liegt den Ausschussmitgliedern vor. Die Finanzierung des Bauvorhabens gestalte sich schwierig vor dem Hintergrund der Auflagen der Aufsichtsbehörde zur Haushaltsführung. Die Ausführungen des Bürgermeisters in der Bauausschusssitzung am 09.02.2006, derzeit fehle die Planungssicherheit für das Vorhaben und der Schulentwicklungsplan müsse zunächst fortgeschrieben werden, teile er persönlich in dieser Form nicht. Der derzeitige Schulentwicklungsplan, der die Jahre 2002 bis 2007 umfasse, ist seiner Meinung nach durchaus eine ausreichende Entscheidungsgrundlage. Mit den beiden Schulen seien die vorhandenen Raumkapazitäten und der Bedarf für die nächsten Jahre abgestimmt worden. Bedarf für zusätzliche Räume sei bei beiden Schulen vorhanden. Dies sei auch seit längerem bekannt. Eine andere Bewertung ergebe sich auch nicht aus dem Rückgang der Schülerzahlen bei der Hauptschule, die sich auf etwa 500 Schüler/Jahr einpendeln werde. Die prognostizierten Schülerzahlen im SEP für das Gymnasium würden fast „punktgenau“ erreicht. Die Schule könne die Nachfrage aufgrund fehlender Raumkapazitäten derzeit nicht befriedigen.

Die Fortschreibung des SEP zum jetzigen Zeitpunkt hält der Erste Beigeordnete für verfrüht vor dem Hintergrund der noch nicht abschließenden künftigen Regelung im Schulgesetz. Im übrigen sei die Fortschreibung des SEP nicht kurzfristig zu realisieren.

Vorsitzender Langer weist darauf hin, dass sich die Finanzierung der Maßnahme „Bau eines naturwissenschaftlichen pädagogischen Zentrums“ nicht nur auf die im Bauausschuss dargestellte Schulpauschale begrenzt. Im Haushalt 2006 und in den Folgejahren sei vielmehr ein Gesamtbetrag von

2,9 Mio. EURO ausgewiesen.

Durch die Entscheidung der Hauptschule gegen die Ausweitung des Ganztagsunterrichts sei allerdings eine andere Finanzierungssituation für das angedachte Zentrum entstanden.

Herr Dulhardt weist darauf hin, dass die Behandlung im Bauausschuss im Wege der Kenntnisnahme erfolgte und für die weitere Behandlung des Themas insgesamt eine Abstimmung der Vorsitzenden beider Ausschüsse empfehlenswert sei.

Vorsitzender Langer fasst das Beratungsergebnis zusammen, wonach die Thematik weiter im Unterausschuss Schulen und im Schulausschuss zu beraten ist.